

Rassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.
Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Vorgabe 25 Pfg.
Die Reklamezeile 70 Pfg.

Verkaufspreis:

Vierteljahr 1,95 M. ohne Bringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Zentralen in Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Obernhof, Altenhausen, Schweighausen, Humberg, Elfenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Fernsprecheranschluß Nr. 24.

Nr. 20.

Druck und Verlag:
Buchdr. Heim. Müller, Nassau (Bahn).

Dienstag, 18. Februar 1919.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Bahn).

42. Jahrg

Bekanntmachung betr. Zulassung des Postkarten- verkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland.

Vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an treten nachfolgende Bestimmungen in Kraft:

1. Der Postkartenverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland ist erlaubt.
2. Die Karten dürfen nur Familiennachrichten enthalten.
3. Sie sind leserlich zu schreiben, möglichst in lateinischen Buchstaben, und haben an sichtbarer Stelle Name und Adresse des Absenders zu tragen.
4. Es sind nur die französische und deutsche Sprache zulässig.

Diese Bekanntmachung ist durch die zuständigen Postdirektoren, Postverwalter bezw. Postagenten in den Schaltzimmern pp. anzuschlagen.

Die Postbestimmungen vom 7. Januar bleiben, soweit sie nicht durch obige Bestimmungen geändert sind, in Kraft.

Die 9. Februar 1919.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises:
A. Craigie, Militärmeister.

Die National-Versammlung.

Weimar, 13. Februar.

Sechste Sitzung.

An den Tischen für die Reichsregierung: Scheidemann, Graf Brockdorff-Rantzau, Noske, Dr. David, Landsberg, Schiffer, Bauer, Dr. Preuß, Gothein, Dr. Well, Wissell, Giesberts. Vizepräsident Hausmann eröffnete die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. mit der Verlesung des folgenden ihm heute vom Präsidenten Dr. David zugegangenen Schreibens: „Infolge meiner Berufung in die Reichsregierung sehe ich mich genötigt, das Amt des Präsidenten der Nationalversammlung niederzulegen. Ich bitte Sie, die Leitung der Geschäfte bis zur Ernennung eines Nachfolgers zu übernehmen.“ Bei dem Präsidenten ist ferner ein Schreiben des Reichspräsidenten Ebert eingegangen, welches von der durch ihn erfolgten Berufung des Reichsministers

gemäß § 8 des Gesetzes betreffend die vorläufige Reichsgewalt Mitteilung macht.

Der Reichspräsident Ebert hat sein Abgeordnetenmandat niedergelegt. — Eine Adresse des Deutschösterreichischen Volksbundes in Blauen, die für den rechtlosen Anschluß Deutschösterreichs an die großdeutsche Republik eintritt, gelangt zur Verlesung. Die vereinigten deutschen Volkskreise des Westkreises fordern aus Mangel an der Nationalversammlung die Bitte um erhöhten Grenzschutz und energische Abwehr gegen die Polen.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein: Entgegennahme einer

Erklärung der neuen Regierung.

Präsident des Reichsministeriums Scheidemann: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichspräsident hat mich mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt. Aus den Mitteilungen, die uns der Herr Präsident soeben gemacht hat, haben Sie gesehen, daß sich das neue Ministerium unter meinem Präsidium bereits konstituiert hat. Ich kann darauf verzichten, die Namen nochmals zu verlesen. — Sie haben Sie bereits gehört, und ich will nur noch hinzufügen, daß diesem Kabinett auch der preussische Kriegsminister ohne Stimmrecht angehört. Das Programm des Reichsministeriums, umfassend die Aufgaben der nächsten Zukunft, erlaube ich mir, Ihnen vorzutragen.

Das Arbeitsprogramm.

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung ist der alleinige Träger der Reichsgewalt.

Festigung der Einheit des Reiches durch eine starke Zentralgewalt. Einheitliche Führung der Außenpolitik, einschließlich der auswärtigen Wirtschaftspolitik.

Nach Verlesung der Programmpunkte zur auswärtigen Politik verliest Ministerpräsident Scheidemann weiterhin die Programmpunkte der Innenpolitik.

Die neue Regierung.

— Weimar, 13. Februar. Endgültig gewählt:

Präsident des Reichsministeriums: Philipp Scheidemann.
Vertreter des Ministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen: Schiffer.
Reichsminister des Auswärtigen: Graf v. Brockdorff-Rantzau.
Reichsminister des Innern: Dr. Preuß.
Reichsarbeitsminister: Bauer.
Wirtschaftsminister: Wissell.
Reichsernährungsminister: Robert Schmidt.
Reichsjustizminister: Landsberg.
Reichswehrminister, dem auch das Reichsmarineamt untersteht: Noske.
Reichskolonialminister: Dr. Bell.
Reichspostminister: Giesberts.
Minister ohne Portfeuille: Dr. David
Erzberger und Gothein.

Das Programm des Reichspräsidenten Ebert.

Weimar, 12. Febr. Der Reichspräsident Ebert empfing zu Weimar die Vertreter der deutschen und deutsch-österreichischen Presse. Er führte in einer Ansprache u. a. aus: Der erste Tag meines Amtes soll auch der Tag sein, an dem ich mit der deutschen Presse Fühlung nehme. Nicht eine Partei, sondern die große Mehrheit eines ganzen Volkes hat mich gewählt, und kann daher auch von mir verlangen, daß ich der Präsident eines Volkes und nicht einer Partei bin. Zwei Aufgaben hat die neue Regierung vor allen anderen, den Frieden zu schließen und die Verfassung zu gründen. Beides muß geschehen im Zeichen der Gerechtigkeit. Das Arbeitsprogramm, auf Grund dessen die neue Regierung diese Aufgaben lösen wird, wird der Ministerpräsident vorlegen. Alle drei Parteien, die daran mitgearbeitet haben, haben sich rückhaltlos auf den Boden unversäuselter Demokratie gestellt.

Als gewissenhafte Demokraten haben wir nicht daran gedacht, andere Ansichten und Auffassungen zu vergewaltigen, aber wir haben es ermöglicht, daß eine vollkommene Ueber einstimmung erzielt wurde über die Art, wie die Sozialisierung anzubahnen sei. Danach sollen Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsgang einen privaten monopolistischen Charakter angenommen haben und dadurch zur Sozialisierung reif geworden sind, auf Reich, Staat, Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen sein und als solche Wirtschaftszweige werden besonders erwähnt, die Bergwerke und die Erzeugung von Energie. Die Organe der Regierung, welche mit den Herren von der Presse zu tun haben, sind angewiesen, diese ihre Arbeit in verständnisvollstem Sinne zu leisten, in einem Sinne, der nichts zu tun hat mit Beeinflussung, sondern der geeignet ist, die Mitarbeit der Presse anzurufen. Die Freiheit Ihrer Kritik, Ihre Anregungen und Ihre Vorschläge muß eine notwendige Fortsetzung unserer Arbeit in der Regierung bilden.

Die Diätenfrage.

— Berlin, 13. Februar. Die Diätenfrage für die Nationalversammlung dürfte, wie unser Korrespondent erfährt, eine Auswandsentschädigung von 1000 Mark im Monat vorsehen. Für jeden veräumten Sitzungstag sollen 30 Mark abgehen.

Die Präsidentenwahl zur Nationalversammlung.

Weimar, 14. Febr. An Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Dr. David wurde heute Abg. Fehrenbach (Zentr.) mit 295 Stimmen von 334 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt. Von diesen 334 Stimmen waren 32 ungültig. Außer den Stimmen für den Abgeordneten Fehrenbach entfielen vereinzelt Stimmen auf Hausmann, David, Spahn.

Die Durchführung des Waffenstillstandes.

Die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland.

Berlin, 10. Febr. Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet: Das Abkommen mit den Vertretern der alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Spa nach dreitägiger Verhandlung unterzeichnet worden. An den Verhandlungen, die deutscherseits der Unterstaatssekretär Braun vom Lebensmittelamt leitete, haben außerdem Vertreter aller beteiligten Reichsstellen, Vertrauensmänner des

Handels und der Kertschaft teilgenommen. Der wesentlichste Inhalt des Abkommens, das sich an die in Lier getroffenen Vereinbarungen anschließt, ist folgender: Laut Erklärung des Rates der Alliierten wird Vorsehung getroffen, daß sofort rund 30 000 Tonnen Schweinefleisch und 250 000 Tonnen Schweinefleisch und 250 000 Tonnen Schweinefleisch über Rotterdam nach Deutschland gesandt werden. Die Bezahlung dieser Lieferung ist deutscherseits durch Gold und fremde Devisen sichergestellt. In unmittelbarem Anschluß an diese Lieferung wollen die Alliierten 200 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35 000 Tonnen Schweinefleisch u. d. Schweinefleisch liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanzlage bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird. Die Vertreter der Alliierten haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung für die weitere Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen, und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Umwälzung getroffen wird. Als Bedarf sei von den deutschen Vertretern für die Monate März bis August ausschließlich angegeben worden: 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Getreide und Fleisch für jeden dieser Monate, ferner eine Million Tonnen Mais oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum. Die Regelung des ganzen Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausschließlich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffs der Uebergabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch weiter auferlegen wollen.

Der Transport der amerikanischen Lebensmittel.

Bremen, 13. Febr. Zwei amerikanische Offiziere wollen gegenwärtig in Bremen, um wegen der bevorstehenden amerikanischen Lebensmittellieferungen über Bremen zu verhandeln. Sie wollen sich unterrichten ob Sicherheit für die nach Bremen zu versendenden Lebensmittel gewährleistet werden könne.

Eine Entente-Kommission in Danzig.

— Danzig, 13. Febr. Der amerikanische kleine Kreuzer „Wicks“ ist heute mittig in den hiesigen Hafen eingelaufen. Er brachte die Verbandskommission nach Danzig, die mit tags die Reichswehr besichtigte und sich dann in zwei Kraftwagen nach Elbing begab, um dort die Schiffsanwerft in Augenschein zu nehmen. Es handelt sich um eine Nachprüfung der Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen. Der amerikanische Dampfer „Argloin“ ist bereits gestern nachmittag im Hafen Neufahrwasser eingetroffen.

Die Friedensbedingungen des Obersten Kriegsrates.

Paris, 14. Febr. Naves will über die Ansichten des interalliierten Kriegsrates unterrichtet sein und meldet folgende Bedingungen:

1. Deutschland soll es militärisch unmöglich gemacht werden, die Feindseligkeiten wieder zu beginnen.
2. Deutschland soll erfahren, daß die Alliierten Sieger sind, und daß auch Deutschland keinen allzu glimpflichen Frieden zu erwarten habe. Im Falle, daß Deutschland um Gnade nachsuchen sollte, könnte es möglich sein, daß ihm die Entente die Wiederaufnahme der Friedensarbeit erleichtern würde.

Die Abreise des Präsidenten Wilson.

Paris, 14. Febr. Es bestätigt sich, daß Präsident Wilson Paris Freitag abend verläßt, um sich nach Vrest zu begeben, wo er sich nach den Vereinigten Staaten einschiffen wird. Der „Georges Washington“, der den Präsidenten nach Amerika zurückbringt, hat bereits am Donnerstag Kohlen eingenommen. Der „Georges Washington“ wird begleitet von dem Kreuzer „Neu Meriko“, Flaggschiff des Admirals Wilson, Chef der amerikanischen Flottenfreikräfte in Frankreich. 22 Zerstörer begleiten von den Azoren ab die beiden Schiffe.

Eine große Mehrheit gegen die Bildung eines westdeutschen Freistaates.

— Weimar, 12. Febr. Abgeordnete der westdeutschen Landesliste — Rheinprovinz, Westfalen, Hannover, Oldenburg, Hessen-Nas-

sau und Pfalz — hatten sich gestern zu einer Besprechung zusammengefunden, die sich namentlich auch mit der Frage der westdeutschen Republik beschäftigte. Die Besprechung, die streng vertraulichen Charakter trug, ergab eine große Mehrheit gegen die Bildung eines neuen Freistaates, die lediglich in einem Kölner Zentrumsabgeordneten einen Fürsprecher fand.

Die deutsche Besatzung Windaus von den Bolschewiki erschossen.

Vidau, 12. Febr. Die am 31. Januar bei der Einnahme Windaus in Gefangenschaft geratene reichsdeutsche Besatzung von etwa 80 Mann ist einige Tage darauf erschossen worden. Die Leichen wurden in ein Massengrab geworfen. Auch mehrere deutsche Matrosen wurden erschossen.

Der Mainzer Oberbürgermeister abgesetzt.

— Mainz, 13. Februar. Auf Befehl des kommandierenden Generals der 3. Armee hat Oberbürgermeister Göttemann auf die fernere Ausübung seines Amtes als Oberbürgermeister der Stadt Mainz verzichtet. Mit Führung der Geschäfte ist Bürgermeister Kallb beauftragt worden. Anlaß der Amtsenthebung war sein Verhalten in der Stadtverordnetenversammlung bei Verhandlung der Interpellation über den Erlass des kommandierenden Generals betr. Einführung des französischen Unterrichts in den Volksschulen.

Keine Besetzung der Höchster Farbwerke.

— Berlin, 12. Februar. Die Generaldirektion der Höchster Farbwerke teilt mit, daß ihre Werke nicht von den Franzosen besetzt sind. Sie werden ledig von zwei französischen Chemikern überwacht. Der Fabrikbetrieb geht weiter.

Radek verhaftet.

— Berlin, 12. Februar. Wie die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten erfahren, ist der russische Bolschewik Radek heute hier in Berlin verhaftet worden.

Duisburg besetzt.

Wie die „Cobl. Ztg.“ meldet, ist Duisburg von den belgischen Truppen besetzt worden, weil dort Unruhen ausgebrochen sind.

Belgische Ansprüche.

Paris, 11. Febr. Gynans legte in der Verbandskonferenz dar, man werde durch Verhandlungen (mit Luxemburg) zu einem zufriedenstellenden Uebereinkommen gelangen. Ebenso werde Holland durch gemeinsame Abmachungen nach Deutschland hin vergrößert im Austausch gegen Gebiete, die es Belgien wieder zurückgeben werde. Die Sitzung war ganz den Ausführungen Gynans gewidmet, der die Kongressfrage nicht berührte. Es fand keine Aussprache statt. Man nimmt an, daß ein Sonderausschuß zum Studium der belgischen Ansprüche ernannt wird, wie es schon früher mit andern Gebietsfragen gehalten wurde.

Der Luftomnibus.

Köln, 13. Februar. Der Graman-Luftomnibus „Gotha“ ist am Sonntag nach dreieinhalbständiger Reise von London nach Paris zurückgekehrt. Wie bei seiner Ausreise hat er 14 Passagiere mit je 20 Pfund Gepäck befördert.

Erkundung Greys.

— Amsterdam, 13. Februar. Nach dem „Allgemein Handelsblad“ ist Grey, der bis zum Dezember 1918 englischer Staatssekretär des Auswärtigen amtes war und schon längere an einem Augenleiden litt, vollständig erblindet.

Italienische Demobilisierung.

— London, 12. Februar. 400 000 italienische Soldaten der Klasse 1900 sind entlassen worden.

Ausstände in Rumänien.

— Wien, 12. Februar. Die „Neue Freie Presse“ meldet: In Rumänien sind Ausstände ausgebrochen. Die königliche Familie versuchte, nach Jassy zu flüchten, mußte aber, weil Arbeiter die Straße versperrten, nach Bukarest zurückkehren. Das königliche Palais wurde beschossen, der König selbst verletzt. Die Finanzen des Landes sind vollkommen zerrüttet.

Don Nah und Fern.

— **Nassau**, 15. Februar. Bei den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung sind in 19. Wahlkreise, der die Provinz Hessen-Nassau (ohne die Kreise Schaumburg und Schaalkalder) den Kreis Wehlar vom Regierungsbezirk Koblenz sowie Waldeck umfasst, entsfallen: 1. auf Wahlvorschlag Dittmann 42 980 Stimmen, 2. auf Wahlvorschlag Luppe 230 132 Stimmen, 3. auf Wahlvorschlag Müller-Fulda 187 579 Stimmen, 4. auf Wahlvorschlag Rießer 64 465 Stimmen, 5. auf Wahlvorschlag Scheidemann 463 113 Stimmen, 6. auf Wahlvorschlag Weidt 106 073 Stimmen, 7. auf Wahlvorschlag Wasmann 279 Stimmen. Die zu einer Gruppe vereinigten Wahlvorschläge 3 (Müller-Fulda), 4 (Rießer) und 6 (Weidt) haben somit zusammen 358 122 Stimmen erhalten.

— **Nassau**, 16. Februar. Die Feststellung des Wahlergebnisses für die verfassunggebende preussische Landesversammlung, 19. Wahlkreis, durch den Wahlausschuss hat folgendes Resultat gehabt. Abgegeben wurden insgesamt 1 057 841 gültige Stimmen, davon entfallen auf Wahlvorschlag 1. Gebel 65 198 Stimmen, 2. Gräf 425 377 Stimmen, 3. Rade 228 312 Stimmen, 4. Ritter 101 992 Stimmen, 5. Schwarz 199 752 Stimmen. Auf die verbundenen Wahlvorschläge 1, 4, 5 entfallen 366 942 gültige Stimmen. Als Abgeordnete sind demnach gewählt vom Wahlvorschlag 1: Gebel, 2: Gräf, Hauschildt, Schreiber, Weber, Ege, Grzesinski, Hölz, König, Wittich, 3: Rade, Ehlers, Gimpel, Boll, Heilbrunn, 4: Ritter, Werner, 5: Schwarz, Rhiel, Herkenrath, Drinnenberg, Wentrup.

— **Nassau**, 17. Februar. Nach beinahe acht Tagen starkem Frost ist seit Samstag Tauwetter, und seit gestern Regenwetter eingetreten.

— **Nassau**, 12. Febr. Bei Wechsel der Einquartierung wolle man sich von den abziehenden Truppen eine Bescheinigung über die Zahl der einquartiert gewesenen Offiziere, Mannschaften, sowie der gestellten Büros, Magazine, Küchen usw. und über die Dauer der Quartierleistung ausstellen lassen. Diese Bescheinigungen sind sorgfältig aufzubewahren.

Postkarten sind erlaubt. Die französischen Behörden haben, wie aus der diesbezüglichen Bekanntmachung in heutiger Nummer zu ersehen ist, den Austausch von Postkarten zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet erlaubt und zwar ohne weitere Formalitäten, wenn die Mitteilungen nur Familienangelegenheiten betreffen. Die Karten sollen möglichst lateinisch geschrieben sein und deutliche Absenderangabe tragen.

§ Eingang. Der Rhein führt in seiner ganzen Breite Treibeis, das sich seit gestern erheblich verdichtet hat. Die Schlepplüge beilegen sich ihren Bestimmungsort zu erreichen, was allerdings für Radschleppdampfer schon mit Schwierigkeiten verbunden sein dürfte. Die meisten Schiffe aber ziehen es vor in einem schützenden Hafen freies Fahrwasser abzuwarten. Auch im Oberlahnsteiner Hafen hat schon eine große Anzahl Schiffe, teils beladen, teils unbeladen, ihre Zuflucht gesucht. So sind nun auch infolge des Winterwetters Verkehrserschwerungen, die die Kohlenversorgung nicht wenig beeinträchtigen werden, zu erwarten. Deshalb ist äußerster Sparfamekt im Gebrauch von Kohlen mehr als je geboten.

— **Wiesbaden**, 11. Februar. Der Plan der Errichtung eines Handwerkskammerhauses, für den bekanntlich schon seit längerer Zeit ein Grundstück vorhanden ist, macht neuerdings weitere Fortschritte. Auf ein Ersuchen an den Bezirksverband, welcher in unmittelbarer Nähe des Landeshauses einen sich eignenden Bauplatz zur Verfügung hat, hat die Handwerkskammer das gewünschte Entgegenkommen gefunden. Wenn auch die diesbezüglichen Verhandlungen noch in der Schwebe sind, so erscheint doch eine Einigung auf der Grundlage wahrscheinlich, daß der Bezirksverband das Gebäude auf seine Kosten errichtet, und daß er, wie es auch vielfach vor der Postverwaltung geschieht, einen Pachtvertrag mit der Handwerkskammer abschließt zu einem Betrag, welcher eine angemessene Verzinsung des aufgewandten Baukapitals einschließt. Zurzeit ist Landesbaumeister Müller mit der Ausarbeitung der Baupläne und Kostenanschläge beschäftigt.

Die Schuhwarenpreise.

Vom „Bund Deutscher Schuhmacher-Innungen“ erhalten wir nachstehende Mitteilung: Durch die Demobilisierung ist man im Publikum vielfach der Ansicht, daß nun mehr Leder vorhanden und infolge dessen ein ganz wesentliche Verbilligung des Leders und auch des Schuhwerks eintreten müsse. Das trifft leider nicht zu. Die Preise für Unter- und Oberleder sind um 20% erhöht, auch die Arbeitslöhne sind unter dem Druck der Verhältnisse weiter ganz wesentlich gestiegen, so daß die notwendige Erhöhung der Preise für Sohlen und Absätze je nach den örtlichen Verhältnissen bis 2.— Mk. und mehr beträgt, als bisher zulässig war. Außerdem sind wir über die Lederknappheit noch lange nicht hinweg. Durch die Beschaffung des linksrheinischen Gebietes ist einem sehr großen Teil unserer Leder erzeugenden Industrie die Möglichkeit genommen, uns ihre Produkte zuzuführen. In ganz

besonderem Maße ist es Oberleder, das uns in Zukunft noch weit knapper werden wird, als es bisher der Fall war. Daraus ergibt sich leider auch noch die weitere Tatsache, daß sich der Schuhmacher immer noch gezwungen sieht, bei seiner Arbeit Ersatzstoffen verwenden zu müssen. Wir wollen dabei nicht unterlassen, auch noch darauf hinzuweisen, daß durch die Demobilisierung die Schuhmacher wieder in ihre Werkstatt zurückgekehrt sind und ihre alte Kundschaft wieder bedienen können. Auch erfüllt man eine vaterländische Pflicht, wenn man den aus dem Heeresdienst entlassenen Schuhmacher durch Arbeit unterstützt.

Wissenschaft und Politik.

Von Dr. Ed. Feuser.

Mannigfaltig sind die Ziele und Bestrebungen der politischen Parteien, oft einander diametral entgegengesetzt. Viele Politiker haben sich von ihren früheren Idealen losgesagt und vertreten jetzt den gegenteiligen Standpunkt. Die Verehrer der verschiedenen Meinungen bekämpfen ihre Gegner, oft redlich, oft unredlich. Besonders zu Wahlzeiten, wo die großen Wettkämpfe entbrennen, lodern Haß und Streit in großen Flammen. Da fragt gar mancher: Wer hat nun recht? Ist es nicht möglich, auf wissenschaftlichem Wege zu einer eindeutigen Lösung politischer Fragen zu kommen? Dann wäre doch jeder Streit überflüssig.

Eine Betrachtung des Wesens der Politik gibt uns die Antwort. Die Politik erhebt nur Forderungen, sie ist im weitesten Sinne die Lehre vom Sein-sollenden. Forderungen sind aber niemals Resultat wissenschaftlicher Forschungen, denn die Wissenschaft befaßt sich nur mit Tatsachen, sie schildert, sie legt nur dar, Forderungen sind vielmehr das Ergebnis persönlicher Ideale. Diese Ideale sind wieder abhängig von der Erziehung des betreffenden Menschen: seiner Beschäftigung, seinen Lebenserfahrungen und Lebenszielen. So wird der eine zum Nationalisten und erhebt Forderungen im Namen der Nation, der andere ist Individualist und fordert im Interesse des Individuums, Materialisten stellen materielle Güter, Idealisten ideale Bestrebungen in den Vordergrund. Niemand aber kann so anmaßend sein, daß er glaubt, er könne seine persönliche Meinung der Gesamtheit aufzuzwingen. Eine politische Wissenschaft gibt es also nicht in dem Sinne, daß die verschiedenen parteipolitischen Forderungen als wissenschaftliche Resultate angesehen werden können.

Und doch kann man Politik wissenschaftlich behandeln. Man kann die den Zielen der parteipolitischen Gruppen zugrunde liegenden Ideale und Motive untersuchen, muß sich dabei aber jedes Werturteils enthalten. Der Forscher, der ein parteipolitisches Ideal verwirft oder billigt, verläßt in demselben Augenblick, in dem er tadelt oder lobt, den wissenschaftlichen Boden und betritt die politische Arena. Er spricht dann nicht mehr als Forscher, sondern als Politiker. Mit dieser Verlegung und Untersuchung der verschiedenen Ziele und Ideale der einzelnen Parteien; aber braucht sich die Wissenschaft nicht zu begnügen. Sie darf auch die von den einzelnen Parteien im Hinblick auf die gesteckten Ziele tatsächlich erreichten Erfolge mit einander vergleichen. In diesem Rahmen ist sogar eine „Bewertung“ möglich. Eine wissenschaftliche Forschung kann jederzeit entscheiden, welche Parteien zweckmäßiger, rationellere Maßnahmen im Hinblick auf ein gemeinsames Ziel vertreten haben. Der wissenschaftliche Politik betreibende sagt, mit diesen oder jenen Mitteln kann man diese oder jene Ziele erreichen und diese oder jene Wege führen am schnellsten und sichersten zu dem betreffenden gesteckten Ziele.

Der Politiker darf nie vergessen, daß es keine allgemeiner verbindlichen Ideale gibt, und daß es keinen wissenschaftlichen Beweis für die Richtigkeit des ihm gerade vorschwebenden Ideals gibt. Dann wird er auch in dem Gegner den Vertreter des Ideals einer größeren oder kleineren Gruppe erblicken und achten. Er muß sich bewußt bleiben, daß er, sobald er seine und seiner Gruppe Forderungen geltend macht, nicht als Wissenschaftler, sondern als Politiker auftreten kann.

Goldne Worte.

Ist nicht dieser Vorschlag so recht der Kern aller Wahrheit, die in der Demokratie liegt, dieser Vorschlag, daß der fähigste Mann gewählt werden solle, in welchem Rang man ihn auch findet? Daß er wie ein verborgener Schatz gesucht werden solle, daß er zu der Arbeit, für die nur er allein passend ist, erzogen, angeleitet und dann in dieselbe hineingestellt werden solle. Das ist die Summe aller Demokratie und dies ist, denke ich, ebenso soviel Wert, wie alle Wahlurnen und Wahlrechtsbestimmungen, die jetzt im Gange sind.

Carlyle.

Ich brauche mehr Kopf und weniger Junge.
Napoleon I. bei Anstellung von Staatsbeamten.

Es gibt auf dem Gebiete der Volkswirtschaft nur eine Erklärung, die einen wirklichen Fortschritt verbürgt: Das ist die Entwicklung zu größerer Leistungsfähigkeit der einzelnen in moralischer, intellektueller und technischer Beziehung, das ist die Quintessenz der Lehre des Individualismus.

Th. Barth.

Ein tüchtiges Mädchen

bei hohem Lohn sofort gesucht.

Frau Direktor Twer, Elfenhütte.

Nachrichten des Wirtschafts-amtes der Stadt Nassau.

Zulagen für Kinder.

Die Zulagen an Nahrungsmitteln für Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre werden am Dienstag, den 18. Februar, vormittags auf dem Rathause ausgegeben.

Reks.

Für Kinder, Kranke und Personen über 65 Jahre steht Reks brotkartenfrei zur Verfügung. Bezugscheine werden am Dienstag, den 18. Februar, vormittags auf dem Rathause ausgegeben.

Kaffee-Ersatzmittel.

Auf Kaffee-Ersatzmittelmarke Nr. 1 kann von Montag, den 19. Februar ab Kaffee-Ersatz in sämtlichen Kolonialwarengeschäften entnommen werden.

Gelbe Rüben.

Am Mittwoch, den 19. Februar, vormittags von 9—12 Uhr im Keller der Löwenbrauerei letzte Abgabe von gelben Rüben.

Rindfleisch.

Heute — Montag — Nachmittag wird Rindfleisch im Freibanklokal verkauft. Preis 1,60 M das Pfund.

Altkleiderstelle.

Die noch vorhandenen Zivilanzüge werden Dienstag, 18. Februar, vormittags von 9—12 Uhr ausverkauft.

Bekanntmachung.

Im Steindruck Distrikt Fangelbach soll ein größerer Vorrat Steine gebrochen werden. Interessenten wollen bis zum 20. Februar Offerten einreichen.

Nähere Auskunft auf dem Rathause, Nassau, den 10. Februar 1919.

Der Magistrat:
H. Jenclever.

Einladung

zu einer Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Montag, den 17. Februar 1919, nachmittags 4 Uhr.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Mitgliedes zum Holzabfuhr-ausschuß.
2. Ausbau der Grabenstraße.
3. Genehmigung von Grundstücksverpach-tungen.
4. Desgl. von Pachtanträgen.
5. Wegebau Mühlbachwiesen.
6. Abgabe von Holz an hiesige Einwohner.
7. Genehmigung von Straßendurchbrüchen.
8. Mitteilungen.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung ge-beten.

Nassau, den 11. Februar 1919.

Medenbach,
Stadtverordneten-Vorsteher.

Bretterverkauf.

Am Mittwoch, den 19. Februar 1919, nachmittags 2 Uhr, werden die Bretter des Strandbades an Ort und Stelle in kleineren Posten meistbietend verkauft.

Verschönerungs- u. Verkehrs-verein Nassau-Lahn.

Wasche den Kopf

mit „SABOL“ Kopfwaschpulver.

Mit Zusatz von Kamillen, Veilchen, Brennnessel, Schwefel
in Beuteln zu 25 Pfg.

Feinstes Zahnpulver,

J. W. Kuhn, Nassau.

Tüchtiges Mädchen,

das etwas kochen kann,
sucht zum 1. April d. Js.

Frau Dr. Muthmann, Nassau,
Schulstraße 14.

Ein geweckter, braver Junge

kann zu Ostern bei uns, unter
günstigen Bedingungen, in die
Lehre treten.

Buchdruckerei Heinr. Müller.

Kaufe - Blumentöpfe.

Gärtner Fiedler.

Tüchtiges Mädchen

für Küche und Hausarbeit für sofort nach
Oberlahnstein gesucht. Vorstellung bei Frau
Bäckermeister Hermann in Scheuern.

Rasier-Creme,

kein Brennen und Spannen der Haut.
In großen Tuben zu 2 M vorrätig bei
J. W. Kuhn, Nassau.

Ein Arbeiter

sofort-ge sucht.

Albert Rosenthal, Nassau.

Essig,

sehr gute Sorten, in drei Preislagen:
Speise-, Tafel- u. Einmachessig
sowie

Essigessenz

empfiehlt

J. W. Kuhn, Nassau.

Nähmaschinen- Schmieröl

und Fahrrad- Schmieröl

in Flaschen zu 90 Pfg. empfiehlt

J. W. Kuhn, Nassau.

2 Paar Kinder-Schlittschuhe

preiswert zu verkaufen. Näh. i. d. Geschäftsst.

Kleiderfarben in Päckchen

zum Färben von Wolle, Halbwolle,
Baumwolle, Seide oder Leinen.

Schwarz, Dunkelgrau, Dunkelblau, Dunkel-
grün, Dunk. Rot, Bordeauxrot, Kaffeebraun,
Modebraun, Orange, Olivgrün zu haben bei

J. W. Kuhn, Nassau.

Bauholz - Bretter - Latten

frischer Einschnitt

Kiefer - Eichenblocke,

auf Wunsch eingeschnitten

liefert waggon- und fuhrweise

Dampfägewerk Rückershausen b. Zollhaus.